Die Mär vom „bösen Rechten“

Werner Pilipp

In den letzten Wochen sah man unter großem Medienrummel vielerorts sogenannte Demonstrationen gegen rechts, wie z.B. der SWR berichtete. Da wollten natürlich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Regierungsparteien SPD und Grüne nicht fehlen.

Auslöser dieser Proteste ist ein Artikel des sogenannten Recherche-Netzwerks CORRECTIV. Laut des Artikels haben sich am 25.11.2023 Mitglieder der AfD und der CDU mit so bezeichneten Rechtsextremen getroffen, um über das Thema „Remigration“ zu sprechen. Inhaltlich geht es v.a. um folgende Passage des Berichts von einer so zitierten Rede von Martin Sellner: „*Es gebe drei Zielgruppen der Migration, die Deutschland verlassen sollten. Oder, wie er sagt, ‚um die Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln‘. Er zählt auf, wen er meint: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und ‚nicht assimilierte Staatsbürger‘. Letztere seien aus seiner Sicht das größte ‚Problem‘. Anders gesagt: Sellner spaltet das Volk auf in diejenigen, die unbehelligt in Deutschland leben sollen und diejenigen, für die dieses Grundrecht nicht gelten soll. Im Grunde laufen die Gedankenspiele an diesem Tag alle auf eines hinaus: Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben – und aus Sicht von Menschen wie Sellner nicht ausreichend ‚assimiliert‘ sind. Auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind.*“

Dieser Bericht wurde von sehr vielen Medien ungeprüft übernommen und medial unter dem Begriff „Wannseekonferenz 2.0“ ausgebreitet, um die Inhalte des Treffens zu skandalisieren.

Doch wurde bei diesem Treffen vielleicht „nur“ im normalen Umfang über Abschiebungen bzw. Remigration gesprochen? Ist es vergleichbar mit Bundeskanzler Olaf Scholz´ Aussage, der „*endlich im großen Stil abschieben*“ möchte? Oder auch mit der von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die vorschlug, „*Angehörige von kriminellen Clans auch dann abzuschieben, wenn diese keine Straftaten begangen haben.*“? Und Bundesjustizminister Marco Buschmann will antisemitischen Migranten im Zweifel sogar die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen. Sogar „*Grünen-Chefin Ricarda Lang fordert FDP und SPD auf, an Rückführungsabkommen zu arbeiten, um mehr Abschiebungen zu ermöglichen*“. Gab es deswegen einen öffentlichen Aufschrei oder Demonstrationen gegen rechts? Nein, Fehlanzeige. Das Ganze wirkt wie ein überzogenes Schmierentheater zur Schädigung der Opposition mit Hilfe willfähriger Medien.

Vor allem wies der Originaltext im Epilog noch folgende Textstelle auf: „*… ein ‚Masterplan‘ zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern aufgrund ihrer ‚Ethnie‘; also …*“, während in der jetzigen Version das Wort „Ethnie“ fehlt: „*… ein ‚Masterplan‘ zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern; also …*“. So hatte CORRECTIV bereits am 10. Januar 2024, dem Veröffentlichungstag, irgendwann zwischen 17:20 und 17:40 Uhr die einzige Stelle entfernt, die, falls dies so gefallen wäre, wirklich Anlass zu einem Skandal gegeben hätte.

Und im Zuge eines ersten Gerichtsentscheids schrieb die WELT: „*Viel wertvoller als die Entscheidung erscheint der Umstand, dass ‚Correctiv‘ im Laufe des Gerichtsverfahrens die Kernvorwürfe präzisiert hat: Keine ‚Massendeportationen‘ im Sinne einer zweiten Wannsee-Konferenz seien in Potsdam geplant worden, sondern hauptsächlich ein rassistisch motivierter Entzug der doppelten Staatsbürgerschaft.*“ Anscheinend war CORRECTIV in seinen Ausführungen etwas manipulativ unterwegs.

So fragte die Berliner Zeitung in einem Artikel, ob „*die Regierung auf einen Bluff der Rechercheure*“ reinfiel. Weiter berichtet die BZ vom Schriftsatz des Correctiv-Anwalts Thorsten Feldmann, in dem zu lesen ist: „*Das Medienhaus habe nie geschrieben, in Potsdam sei davon gesprochen worden, unmittelbar und sofort deutsche Staatsbürger mit deutschem Pass auszuweisen.*“‘ Nein, natürlich nicht. Hat dieser Rechtsanwalt mal die oben zitierte Stelle gelesen?

Doch jetzt interessiert uns, was CORRECTIV eigentlich ist! Auf seiner Internetseite präsentiert sich CORRECTIV als „*ein gemeinwohlorientiertes Medienhaus, das Demokratie stärkt. …*“ Weiter schreiben sie: „*Wir recherchieren frei von politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten. … CORRECTIV wird getragen durch private Spenderinnen und Spender sowie Zuwendungen von Stiftungen und Institutionen. So ist der Journalismus nicht von Quoten, Werbung oder politischen Entscheidern getrieben, sondern von Bürgerinnen und Bürgern.*“ Aha, frei von politischen Abhängigkeiten und der Journalismus ist nicht von politischen Entscheidern getrieben. Wie kann es dann sein, dass nur im Jahr 2023 die Bundeskasse mit € 431.059,85 und die Landeshauptkasse NRW mit € 145.338,00 CORRECTIV unterstützt haben? Ein weiterer Geber von CORRECTIV ist die Mercator Stiftung. Neben CORRECTIV „*hängt ein Großteil der Klimaschutzszene in Deutschland am Tropf der Stiftung*“. Das Geld erhält die Mercator Stiftung von ihrer Dachorganisation, der Meridian Stiftung, die sich jedoch bezüglich der Herkunft der Gelder verschlossen zeige. Gründer der Meridian Stiftung ist der Milliardär und Metro-Großaktionär Michael Schmidt-Ruthenbeck. Ein weiterer Geldgeber ist die vom eBay-Gründer und Milliardär Pierre Omidyar 2018 gegründete Organisation Luminate. Ja, ja, neben nicht genannten „*Spenden von Unterstützerinnen und Unterstützern*“ finanzieren die öffentliche Hand und Milliardäre CORRECTIV. Richtig unabhängig!

Übrigens ist einer der Autoren des CORRECTIV-Artikels ein gewisser Jean Peters. Auf seiner Internetseite stand bis vor kurzem noch folgender Satz: „*Ich entwickele Aktionen und erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und ökonomische Geschehen interveniere. Besonders wichtig dabei: Mit der passenden Medienstrategie Aufmerksamkeit erregen, den gesellschaftlichen Diskus anregen und so zum Wandel beitragen. …*“ So, so, man erfindet Geschichten, um so zum Wandel beizutragen. Dazu passend nahm CORRECTIV-Geschäftsführerin Jeannette Gusko am 7.11.2023 an einer Diskussionsrunde im Bundeskanzleramt mit dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, teil und traf Bundeskanzler Olaf Scholz „*am Rande der Konferenz Ostdeutschland 2030 am 17.11.2023*“, also kurz vor der besagten Konferenz. Und als wäre dies noch nicht genug, erfahren wir bei NIUS, dass CORRECTIV im September 2023 beim Verfassungsschutz einen Workshop über präventive Bekämpfung von Fake-News abgehalten hat. Wie? CORRECTIV, Verfassungsschutz, geheime Aufzeichnungen des Treffens am 25.11.2023? Nein, wir schwurbeln jetzt nicht weiter! Wobei, wenn Thomas Haldenwang, der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, sagt, *„denn nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken“*, möchte man schon fragen, ob CORRECTIV vielleicht eine Unterstützung dabei sein kann. Aber nein, wir wollten doch kein Geschwurbel verbreiten.

Eine ausgewogene Berichterstattung in den Medien würde sich auch die Teilnehmer dieser Konferenz anhören. Doch haben Sie je ein Interview der Hauptmedien mit einem dieser Menschen gehört, um Licht ins Dunkel zu bringen? Nein? Dies passierte u.a. bei Tichys Einblick, wo ein Interview mit dem habilitierten Staatsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau veröffentlicht wurde, der bei dieser Konferenz anwesend war. Darin demaskierte er die Anschuldigungen im CORRECTIV-Artikel als substanzlos und falsch. Deshalb werde er auch rechtlich dagegen vorgehen. Mittlerweile haben „*sieben einstige Besucher der nebulösen Zusammenkunft eine eidesstattliche Versicherung abgegeben …, nach der die Din-*

ge sich angeblich nicht so zugetragen hätten, wie von Correctiv und Greenpeace in ihren Recherchen behauptet". Auch stellte die anwesende AfD-Politikerin Huy Anzeige und will auf Herausgabe der Aufzeichnungen klagen, „*um insbesondere die Tonaufzeichnungen anschließend öffentlich zu machen.*" Ebenso hat mittlerweile Dr. Vosgerau „*am Landgericht Hamburg einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung*" eingereicht. Darin werden „*mehrere Details der Correctiv-Schilderungen, insbesondere die Behauptung, dass auf dem Treffen über die Ausweisung von Staatsbürgern mit deutschem Pass gesprochen worden sei*", bestritten. „*Nun wehrt sich Correctiv gegen die Unterlassungsforderung und legt seinerseits acht eidesstattliche Erklärungen vor.*" Jetzt liegt der Ball also weiter bei den Gerichten.

Aber die aus den Medienberichten resultierenden Demonstrationen gegen rechts sind doch gut, oder? Nur was ist eigentlich rechts? Jetzt wird es lustig. So schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung in einem Artikel: „*Die Orientierung in links, rechts und die Mitte ist dabei nicht immer einfach. Ihren Ursprung hat die Einteilung – ganz trivial – in einer Sitzordnung. Nach der französischen Revolution 1789 saßen in der Nationalversammlung links die ‚Bewegungsparteien', die einen politisch-gesellschaftlichen Wandel wollten und rechts die ‚Ordnungsparteien', die die Verhältnisse bewahren wollten.*" Im weiteren Verlauf des Artikels wird der CDU-Politiker Christian Wagner zitiert: „*Konkret stellt rechte Politik unter anderem die Freiheit des Einzelnen und in Sachen Sicherheit einen starken Staat in den Vordergrund*", während der linke SPDler Frank Schwabe ausführt: „*Ich denke, der Staat hat die Verantwortung, Gleichheit zwischen den Bürgern durchzusetzen.*" Vereinfacht gesagt skizziert die Links-rechts-Kontroverse das Spannungsfeld zwischen Gleichheit und individueller Freiheit. Das österreichische Politlexikon für junge Leute sieht das ähnlich: „*Rechts steht für ein Demokratieverständnis, bei dem innerhalb der Demokratie die individuellen Freiheiten wichtiger sind als Gleichheit. Links bedeutet, dass mehr (soziale und politische) Gleichheit angestrebt wird, manchmal auch auf Kosten individueller Freiheiten.*" Und was ist dann Rechtsextremismus? Er besagt nun wiederum nicht, was logisch wäre, dass man extrem frei sein möchte, sondern er „*bezeichnet eine politische Einstellung, die sich gegen die Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates stellt und gesellschaftliche Vielfalt sowie freie Wirtschaftssysteme fundamental ablehnt.*" Also das Gegenteil von frei. „*Aus sozialwissenschaftlicher Sicht handelt es sich beim Rechtsextremismus um völkischen Nationalismus im Denken und Handeln.*"

Der Artikel führt außerdem den Rechtskonservatismus auf als „*Betonung bzw. Stärkung von konservativen Werten, also für einen starken Staat, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein und wollen unerwünschte Entwicklungen (Demokratisierungstendenzen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen, Sozialdemokratisierung, Multikulturalismus, europäische Integration, Geschlechtergerechtigkeit, Liberalisierung der Lebensstile etc.) eindämmen oder sogar rückgängig machen.*" Doch braucht nicht auch die Linke einen starken Staat, um Gleichheit umsetzen zu können? Ja, bei genauer Betrachtung ist eigentlich nichts klar.

Schauen wir uns dies jetzt mal in der Praxis an. Dazu blicken wir auf die neue spanische Regierung. Die Ergebnisse der am 23.7.2023 stattgefundenen Parlamentswahl führten nach langen Koalitionsverhandlungen am 16.11.2023 zur Wahl Pedro Sanchez´ von der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei zum alten und neuen Ministerpräsidenten. In der Regierungskoalition sind außerdem die spanische Linkspartei Sumar und mehrere Regionalparteien vertreten, von denen wir uns zwei, die ERC und EH Bildu, ansehen wollen.

„Die Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) (deutsch: „Republikanische Linke Kataloniens“) *ist eine katalanische Regionalpartei, die sich selbst als „links von der Mitte“ bezeichnet. Sie tritt für ein von Spanien unabhängiges Katalonien ein, …*“ Zur Ausrichtung verwendet Wikipedia auch die Schlagworte „Demokratischer Sozialismus“ und „Katalanismus“.

„*Euskal Herria Bildu (kurz EH Bildu, deutsch Baskenland versammelt) ist ein Parteienverband in Spanien, dem die linken baskisch-nationalen Parteien Eusko Alkartasuna, Sortu und Alternatiba sowie Unabhängige angehören. … EH Bildu tritt für ein von Spanien unabhängiges Baskenland ein …*“ Zur Ausrichtung nennt Wikipedia u.a. die Begriffe „Baskischer Nationalismus“ und „Sozialismus“.

Beide sind also sozialistische Parteien, die durch eine Abspaltung ihrer Gebiete von Spanien national ausgerichtet sind. Fast könnte man zur Bezeichnung „nationale Sozialisten“ kommen. Aber es sind doch linke Parteien? Irgendwie scheitern obige Definitionen des Rechtsextremismus sofort an der Wirklichkeit.

Nun schauen wir uns mal das unsägliche „Original“ an, nämlich die NSDAP. Ursprung ist die 1919 gegründete Deutsche Arbeiterpartei (DAP), *„deren Programm sozialistische, nationalistische und antisemitische Züge aufweist*“. 1920 erfolgt die *„Umbenennung der DAP in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).*“ Bei ihrer Gründung wies die Partei also u.a. auch sozialistische Züge auf. Finden sich diese denn im Parteiprogramm? Zunächst trieft das Parteiprogramm von völkischer Tümelei und Hass gegen jüdische Mitbürger. Doch es finden sich einige eigentlich linkssozialistische Thesen:

- So der Punkt 11, die *„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. Brechung der Zinsknechtschaft!*“ Ein gegen das Kapital gerichteter Programmpunkt.
- Auch die Punkte 13, *„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust) Betriebe.*“, 14, *„Wir fordern die Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.*“, 15, *„Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung.*“, und 16, *„Wir fordern … sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, ...“* findet man in Programmen rechter Parteien nicht wirklich.
- Die Quintessenz von Punkt 24 ist *„Gemeinnutz vor Eigennutz*“. Auch eher im linken politischen Spektrum zu finden.
- Der 25. Punkt *„Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments …*“ erinnert schon an die Zentralkomitees kommunistischer Staaten.

Schauen wir uns dazu noch ein paar Zitate verschiedener Nazi-Größen an. *„Der Nazi-Ideologe Gregor Strasser gab sich 1926 durchaus kapitalismusüberwindend: ‚Wir sind Sozialisten, sind Feinde, tödliche Feinde des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeutung der wirtschaftlich Schwachen, mit seiner Ungerechtigkeit bei Löhnen, mit seiner unmoralischen Bewertung von Menschen gemäß ihres Reichtums und ihres Geldes anstatt von Verantwortlichkeit und Verdiensten, und wir sind unter allen Umständen entschlossen, dieses System abzuschaffen!‘“* Oder wie sagte Joseph Goebbels, seines Zeichens Reichspropagandaleiter: *„Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke. Nichts ist uns verhasster als der rechtsstehende nationale Bürgerblock.*“

Das angeblich von Hitler stammende Zitat: *„Wir sind Sozialisten, wir sind Gegner des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems ... und wir sind alle dazu entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu zerstören.*“, das ein Peter Graf von Ingelheim, seiner Angabe nach Urenkel Stauffenbergs,

in einem Leserbrief aufführte, kann ich zwar nicht bestätigen, doch liest man die Rede Adolf Hitlers im Großen Saale des Hofbräuhauses am Freitag, den 13. August 1920, deutet doch vieles in diese Richtung. So steht auf S. 21: „*… vom Kapital, das bekämpft werden soll und muss: vom Leih- und Börsenkapital*“. Und auf S. 27 sagt er: „*Sozialismus als letzte Auffassung der Pflicht, der sittlichen Pflicht der Arbeit nicht um seiner selbst, sondern auch um seiner Mitmenschen willen, vor allem gemäß dem Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz, Kampf gegen alles Drohnentum und vor allem gegen das mühe- und arbeitslose Einkommen.*“ Auch im Reichstag gab sich die NSDAP „*ausgesprochen arbeiterfreundlich und versuchte gelegentlich sogar die KPD in kapitalismuskritischer Rhetorik zu übertrumpfen, …*“ Allerdings wollten die Nazis „*Kapitalismus und Eigentum nicht abschaffen, aber das Primat der Politik über die Wirtschaft herstellen.*“

Und in der Praxis? „*Einschneidender Ausdruck dieser Richtungsentscheidung war die Verkündung des Vierjahresplanes im September 1936, der als Folge einer erneuten und verschärften Devisenknappheit den endgültigen Übergang zur Kommandowirtschaft und zur Autarkiepolitik brachte.*“ Vierjahresplan? Ah, jetzt verstehe ich den Unterschied zum DDR-Sozialismus. Dort gab es Fünfjahrespläne.

„*Und Hitler selbst hielt in ‚Mein Kampf‘ fest: ‚Im Rot [der Parteifahne] sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung‘. Rot, das muss man wohl niemandem mehr vorbeten, war schon damals nicht die Farbe der politischen Rechten.*“

Das hört sich alles doch sehr links an. Die Bundeszentrale für politische Bildung klärt uns über die Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremismus auf. „*Amtlich werden als Rechtsextremismus ‚...Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten …‘*“ Im Kontext der damaligen Zeit war es mit der Gleichheit der Menschen wohl allgemein in Europa noch nicht so weit her, doch hatten die Nazis in ihrem Parteiprogramm unter Punkt 9 die Forderung, „*alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.*“ Unter Linksextremismus teilt die Bundeszentrale für politische Bildung mit, „*revolutionär-marxistische Organisationen setzen auf traditionelle Konzepte eines langfristig betriebenen Klassenkampfes.*“ Beschäftigt man sich mit der oben zitierten Rede Adolf Hitlers ist diese gespickt mit Phrasen des Klassenkampfes zugunsten der Arbeiterschaft. Ein Exklusivmerkmal der Nationalsozialisten aus obiger Unterscheidung ist ihre nationale Ausprägung. Wobei, schaut man nach Katalonien, wo die linkssozialistische Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) (siehe oben) regiert, stellt man fest, dass die Hispanophobie die Hauptursache für politische Gewalt in Katalonien ist. Außerdem findet der Schulunterricht dort, einer spanischen Provinz, ausschließlich in Katalanisch statt. Spanisch ist nur Fremdsprache. Ein anderslautendes Gerichtsurteil sorgt für Proteste.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der Nazis könnte deren extreme Judenfeindlichkeit sein, die sie an den Tag legten. Doch, wie schaut es da bei den „guten Linken“ aus? Karl Marx, Übervater aller Sozialisten und Kommunisten, legt in seinem Text „Zur Judenfrage“ „*den geistigen Grundstein für blanken antisemitischen Hass: ‚Welches ist der weltliche Grund des Judenthums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.‘ Die Passagen von Marx über Juden lesen sich zuweilen wie Originaltexte von Nazis.*“ Dieser Text von ntv entlarvt Marx auch als Rassisten, denn z.B. „selbst seinen eigenen Schwiegersohn Paul Lafarge, dessen Mutter eine kubanische Kreolin war, erniedrigte er in einem Brief an seine Tochter Jenny als ‚Negrillo‘ und ‚Abkömmling eines Gorillas‘.“ Und andere „Linke“? „*Der amerikanisch-israelische Journalist Louis Rapoport publizierte 1992 … Indizien und Zeugenaussagen für eine ungeheuerliche These: Dass Stalin eine ethnische Säuberung plante, eine groß angelegte*

Deportation von Juden.“ Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt hierzu: *„Es gibt jedoch auch im linken Spektrum eine Tradition des Antisemitismus. Ein Blick in die Geschichte zeigt den recht gut dokumentierten und erforschten Antisemitismus der Frühsozialisten, der europäischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts und der marxistischen Klassiker. In Erinnerung geblieben sind besonders der Antisemitismus in den Ostblockstaaten nach 1945, die stalinistischen Kampagnen und antisemitischen Schauprozesse ‚gegen Zionismus und Kosmopolitismus‘, der ‚Slansky-Prozess‘ in der Tschechoslowakei und der ‚Ärztekomplott-Prozess‘ in der Sowjetunion.“* Auch der Tagesspiegel schreibt: „*Linker Antisemitismus hat eine lange Tradition – auch in Deutschland*“.

Nachdem die Unterscheidung in rechts- und linksextrem nun völlig in die Hose gegangen ist, bleibt für unsere Demonstranten noch der Kampf gegen den Faschismus. Der muss jetzt aber „rechts“ sein. Das Paradebeispiel dafür ist der italienische Faschismus des Benito Mussolini. Und die Bundeszentrale für politische Bildung bestätigt dies, wenn sie den Faschismus definiert als *„eine politische Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Italien entstand. Sie vertrat rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Gedanken. … Seine Anhänger mussten sich den Ideen des Faschismus unterwerfen. Der Führer Mussolini und seine obersten Gefolgsleute bestimmten, was die Menschen zu tun und zu denken hatten.*“ Bis auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit könnte diese Definition auch für die Regime von Stalin und Mao herhalten, wobei Anhänger Dinge freiwillig tun und sich nicht unterwerfen müssen. Richard Herzinger schrieb in einem Artikel für die Welt: *„Mussolinis Geschichte macht deutlich, dass sich die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts nicht fein säuberlich in links und rechts unterscheiden lassen. In gewisser Weise ist der Faschismus eine Art illegitimes Kind des revolutionären Sozialismus. Diesem hing Benito Mussolini, als führender Funktionär der italienischen sozialistischen Partei, noch bis in den Ersten Weltkrieg hinein an.*“ So, der Faschismus lässt sich nicht in links und rechts unterscheiden. Vielleicht, weil es rechts und links eigentlich nicht gibt? Aber lesen wir weiter, was der Artikel noch so über Mussolini verrät. *„Vor allem aber imponierte ihm der französische Sozialphilosoph Georges Sorel, der den revolutionären Syndikalismus in Frankreich und Italien stark beeinflusste. Für Sorel war das Bürgertum der „Dekadenz“ erlegen, und nur noch das Proletariat könne die Menschheit vor ihr bewahren.*“ Oha, Kampfbegriffe, wie wir sie aus der Sowjet- oder DDR-Zeit kennen. So was von rechts! Oder etwa nicht?

Doch woher kommt der Faschismus? *„Ein Blick in das postunitarische Italien erhellt, dass im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fascio schlichtweg ein politisches Bündnis bedeutete. In den frühen 1890er-Jahren hatten sich beispielsweise sizilianische Landarbeiter zu den Fasci siciliani zusammengeschlossen, um mit Streiks und Protesten gegen die Latifundienbesitzer und die unhaltbaren Arbeitsbedingungen vorzugehen. 1914 gründeten dann national-revolutionär gesinnte Sozialisten und Syndikalisten den Fascio d'azione rivoluzionaria, um für Italiens Kriegseintritt auf Seiten der Entente zu agitieren.*“

Übrigens leitet sich das Wort „Faschismus“ vom lateinischen „fasces“ ab, was ein altrömisches Rutenbündel bezeichnete. Vielleicht ist Frau Prof. Dr. Guérot der Wirklichkeit am nächsten, wenn sie den Faschismus wie folgt definiert: *„Eine Gruppe der Gesellschaft bündelt sich um ein bestimmtes Argument herum und schließt diejenigen aus, die sich um dieses Argument nicht bündeln wollen.*“ Und wieder kein rechts!

Kommen wir jetzt zu den Demonstrationen gegen rechts. „Nie wieder ist jetzt“, lautet deren Motto. Kann es sein, dass „nie wieder“ schon vor einiger Zeit war?

Wo wart Ihr, als man Ungeimpfte mit 2G- und 3G-Regeln schikanierte, obwohl die Impfstoffe weder bezüglich einer verringerten Weitergabe des Virus getestet noch zugelassen wurden?

Wo wart Ihr, als Ungeimpfte als Sozialschädlinge, Blinddarm oder Ähnliches bezeichnet wurden?

Wo wart Ihr, als Boris Palmer Beugehaft und Rentenkürzung für Ungeimpfte forderte?

Wo wart Ihr, als Ärzte Ungeimpften die Behandlung verweigerten?

Wo wart Ihr, als diskutiert wurde, die Unverletzlichkeit der Wohnung aufzugeben?

Wo wart Ihr, als Menschen wegen ihrer kritischen Einstellung ihren Arbeitsplatz verloren (z.B. Prof. Dr. Andreas Sönnichsen) oder gesellschaftlich diskreditiert wurden (Prof. Dr. Sucharit Bhakdi), als es bei maßnahmenkritischen Ärzten zu Haus- und Praxisdurchsuchungen kam?

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Aber Ihr habt Euch um das Impfargument gebündelt und Andersdenkende ausgeschlossen. Man könnte es auch Faschismus nennen. Erinnert Ihr Euch, als damalige Demonstranten nicht so gratismutig wie Ihr auf der Straße waren, von Politik und Medien verunglimpft wurden und Anfeindungen, beruflichen Nachteilen und rigider Polizeigewalt ausgesetzt waren? Damals war nie wieder.

Und jetzt geht Ihr für diese Faschisten auf die Straße, weil die Euch sagen, sie würden die Demokratie verteidigen? Nicht zu glauben. Aber vielleicht bringen Euch ein paar Parallelen zu früher zum Nachdenken. Auf Euren Demonstrationen gibt es ein Verbot u.a. auch der Deutschlandflagge, die für Einigkeit und Recht und Freiheit steht. Stattdessen sieht man vielerorts die Regenbogenfahne. Auch Hitler verbot im Rahmen des Reichsflaggengesetzes die damalige Nationalflagge und setzte an deren Stelle die Hakenkreuzflagge. Es ist damals wie heute das Symbol für die Sammlung hinter einer Idee.

„Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten vor und während der Etablierung der NS-Herrschaft war die Beseitigung des verhassten Mehrparteiensystems, … Ihrer Ansicht nach waren die Parteien und die von ihnen verbreitete politische Meinungsvielfalt ein Haupthindernis …“ So wurden KPD und SPD verboten, während sich die anderen Parteien selbst auflösten. Nun fordern Politiker aufgrund eines substanzlosen CORRECTIV-Artikels ein Verbot einer Oppositionspartei. Aber es würden doch noch genug Parteien übrigbleiben, um demokratisch zu sein. Ja. Doch auch in der DDR gab es neben der SED noch vier weitere Parteien, sogenannte Blockparteien. *„Sie sollen den Anschein erwecken, es gäbe einen funktionierenden Parteienpluralismus und damit eine Voraussetzung für ein demokratisches System. Außerdem sollen Blockparteien die Regierungspolitik auch solchen Regierten nahebringen, die der machthabenden Partei kritisch gegenüberstehen.“* Parallelen zu unserer Zeit? Und wollte man die AfD nicht inhaltlich stellen? Hat wohl nicht funktioniert?

Unsere Innenministerin Nancy Faeser prägte folgende Aussage: *„Wir sollten rechtsextremistische Netzwerke so behandeln wie Gruppierungen der Organisierten Kriminalität. Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.“* Wer den Staat oder besser die Regierenden verhöhnt, ist also jetzt rechtsextrem. So schrieb die Neue Züricher Zeitung dazu: *„Die wahre Gefahr für die Demokratie liegt in der Entfesselung staatlicher Gewalt von den Zügeln des Gesetzes. Die Pläne der deutschen Innenministerin Nancy Faeser und ihrer Behördenleiter zur Eindämmung des Rechtsextremismus begründen eine Herrschaft des Verdachts.“* Bürger der früheren DDR erleben eine Zeitreise, denn *„es ist ein ungutes Zeichen, dass Nancy Faeser und eben auch Medien sprachlich, wie die philologische Analyse zeigt, nahe am Sprachgebrauch der DDR-Regierung sind, zu*

einer Zeit, als der Osten Deutschlands zu einer stalinistischen Diktatur wurde. Der Beobachtungsbereich Delegitimierung des Staates erinnert an den Paragraphen 220 des Strafgesetzbuches der DDR.“ Geht man weiter zurück, stößt man auf das sogenannte Heimtückegesetz der NSDAP. „*Es schränkte darüber hinaus das Recht auf freie Meinungsäußerung ein und kriminalisierte alle kritischen Äußerungen, die angeblich das Wohl des Reiches, das Ansehen der Reichsregierung oder der NSDAP schwer schädigten.*“ Der Artikel führt weiter an: „*Die unbestimmten Rechtsbegriffe ermöglichten es, nahezu jede kritische Äußerung zu ahnden.*“ Woran erinnert uns dies jetzt nur?

Wobei wir damit zu Familienministerin Lisa Paus kämen, die erklärte: „*Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unter der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt.*“ Hassrede unter der Strafbarkeitsgrenze, also legale Aussagen, sollen jetzt belangt werden. Schon das Wort Hassrede ist extrem dehnbar. Wahrscheinlich ist es eher die Rede, die sie hassen. Böswillige Menschen könnten nun behaupten, die Grünen hätten sich zur Durchsetzung ihrer Demokratie eine eigene Polizei zugelegt. So residiert in der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin ein Verein namens PolizeiGrün e.V., der ausschließlich „*Mitarbeitenden der Polizei sowie sonstigen Sicherheitsbehörden (z.B. Zoll, Steuerfahndung, Ordnungsämter u. ä.) für eine aktive Mitgliedschaft*“ offensteht. In Erscheinung getreten ist dieser Verein, als er auf einen Bericht des Mediums „NIUS“ über Plagiatsvorwürfe gegen eine Journalistin antwortete: „*Um NIUS kümmern wir uns später.*“

Und wenn Ihr auf Euren Demonstrationen gegen rechts mit Organisationen lauft, die den Kapitalismus abschaffen wollen, könnt Ihr Euch über einen besonderen Mitdemonstranten im Geiste freuen, denn Adolf Hitler habe sich selbst „*in erster Linie für einen Antikapitalisten gehalten*“.

Noch ein kleiner Ausflug zur EU. „*Die Unternehmen ‚RT – Russia Today Germany‘ und ‚Sputnik‘ wurden durch eine Verordnung des Europäischen Rates vom 1. März 2022 aufgrund eines Ratsbeschlusses in ihrer Tätigkeit eingeschränkt.*“ Da europäisches Recht Vorrang auch gegenüber nationalem Verfassungsrecht geniest, findet die Pressefreit des GG keine Anwendung. Es ist jedoch trotzdem eine Einschränkung unserer Grundrechte, denn in einer freien Gesellschaft traut man dem Bürger zu, Informationen einschätzen zu können. So war in der DDR Westfernsehen verboten, während im Westen DDR-Fernsehen erlaubt war. Aber auch die Nationalsozialisten schafften mit dem „Schriftleitergesetz“ die Pressefreiheit ab. Doch mittlerweile sollten wir uns der DDR anschließen und unser westliches Fernsehen auch verbieten. Nein, natürlich nicht. War nur ein kleiner Scherz.

Aber die EU mit unserer ZensURsula an der Spitze kann noch mehr. So trat am 17.2.2024 der Digital Service Act (DSA – zu Deutsch in etwa Digitale-Dienste-Gesetz) vollumfänglich in Kraft. „*Durch stärkere Regulierung von Online-Plattformen soll er Bürgerinnen und Bürgern unter anderem helfen, leichter gegen Hass und Desinformation im Netz vorzugehen.*“ Doch wer bestimmt, was Hass und Desinformation sind? „*Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass falsche, irreführende oder gar unbequeme Eintragungen nicht rechtswidrig sein müssen. Dennoch können sie auf der Grundlage des DSA jederzeit als rechtswidrig erklärt werden. Das Maß, an dem die Beurteilung als Desinformation ausgerichtet ist, wird von der Europäischen Kommission gesetzt – das aber heißt, dass politisch unliebsame Meinungen, ja wissenschaftlich argumentierte Positionen gelöscht werden können, und nicht nur das: Bei einer Einstufung als rechtswidrig drohen soziale Konsequenzen.*“ Die EU verkommt also zu einem orwell´schen Wahrheitsministerium. Die F.A.Z. meint, „*das Digitalgesetz der EU vernichtet die Pressefreiheit im Internet.*“

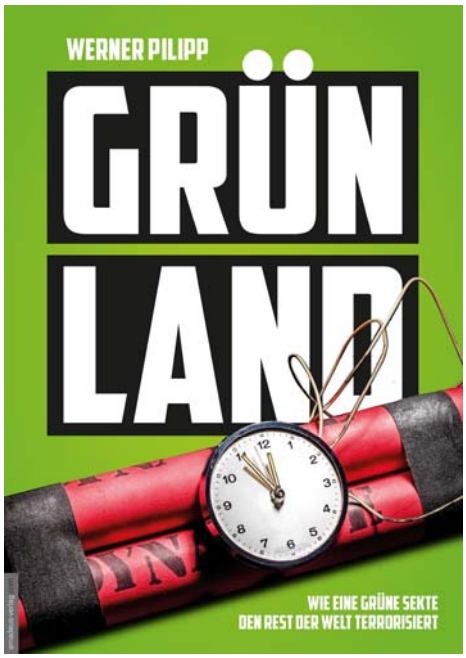
Aber bleiben wir cool, denn ein Unterschied zu früher ist doch eindeutig zu benennen, nämlich wurde man damals für lange Zeit eingesperrt, wenn man die Regierenden kritisierte, wird man heutzutage bei Regierungskritik „nur" ausgesperrt, und zwar wirtschaftlich und gesellschaftlich. Jedenfalls derzeit noch.

Ach ja, was ist denn ein Kennzeichen der Demokratie, liebe Demokratiebewahrer? Ist es nicht die Gewaltenteilung? Wie können wir in unserem Land von Gewaltenteilung sprechen, wenn die Legislative, deren Zusammensetzung wir nur zu einem kleineren Teil durch Direktkandidaten und zum größeren Teil über Listen abhängiger Parteigänger wählen, mit Mehrheit den Bundeskanzler wählt, der wiederum seine Minister bestimmt? Und dann sitzen die Minister auch noch im Bundestag, sind also Exekutive und Legislative zusammen. Es ist die gleiche Gewalt, da die gleichen Parteien, welche dann über Fraktionszwang ihre Mehrheiten sichern. Von einer Unterwerfung unter einen Fraktionszwang findet man im Grundgesetz allerdings nichts. Dort steht in Art 38: „*Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages … sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.*" Klingt dies nicht wie Hohn, wenn man vor diesem Hintergrund auf diese Dämonkratie, äh Demokratie blickt?

Und diese ach so demokratischen Parteien „kungeln" auch die Richter am Bundesverfassungsgericht aus. Es „*wird immer wieder kritisiert, insbesondere wird die mangelnde Transparenz des Verfahrens bemängelt, und dass bei der Wahl neben der fachlichen Qualifikation auch die parteipolitische Ausrichtung der Kandidaten eine Rolle spiele. Dementsprechend forderten z.B. die Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Bundesgerichtshofs auf ihrer Jahrestagung 2002 unter anderem, dass die Bundesrichter in einem transparenten Verfahren ausschließlich aufgrund ihrer persönlichen und fachlichen Eignung zu berufen seien. Der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Böckenförde spricht von ‚Parteipatronage' und ‚personeller Machtausdehnung der Parteien'.*" Also auch die Judikative in Händen der Parteien. Und was sagt der Europäische Gerichtshof (EuGH) zu unseren Staatsanwaltschaften? Sie „*bieten keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive. Zu diesem Schluss gelangte der EuGH in seinen gestrigen Urteilen.*" Na so was, wieder die Parteien. Und wer noch nicht genug hat, dem sei noch ein Blick auf den Verfassungsschutz empfohlen, denn „*die Dienst- und Fachaufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz übt das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) aus.*" Echt jetzt? Ja, unser Antifa-Mädchen IM (nein, nicht was Sie denken, sondern Innenministerin) Nancy Faeser hat die Aufsicht über unseren Inlandsgeheimdienst. Wenn man berücksichtigt, dass Nancy Faeser 2021 „*einen Beitrag für das Magazin ‚antifa' der radikal linken ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)' geschrieben*" hat, einem Magazin, das „*von mehreren Verfassungsschutzbehörden wegen linksextremistischer Tendenzen beobachtet*" wird, kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass man auf dem Posten des Innenministers die Böckin zur Gärtnerin gemacht hat.

„Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus'. Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.'" Dieses vornehmlich dem italienischen Schriftsteller Ignazio Silone zugeschriebene Zitat drückt es sehr treffend aus. Schaut Euch nur um, mit wem Ihr so demonstriert. Stehen diese Organisationen wirklich alle auf dem Boden des Grundgesetzes? Ihr haltet Schilder hoch mit dem *„oft geteilten Spruch dieser Tage: ‚Jetzt können wir endlich herausfinden, was wir anstelle unserer Großeltern getan hätten.'"*. Doch genauso wie viele Eurer Altvorderen lauft Ihr wieder denen hinterher, die uns die Freiheit nehmen werden. Anscheinend hatte Mahatma Gandhi doch recht, als er sagte: „*Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt.*"

GRÜNLAND – Wie eine grüne Sekte den Rest der Welt tyrannisiert



Werner Pilipp

Der Wahnsinn hat eine Farbe – Grün!

Der Wahnsinn hat eine Farbe – Grün! Für den normalen Bürger ist unsere Politik kaum mehr zu ertragen. Sind die denn alle bekloppt? Dass junge Klimakleber sich vor einen ideologischen Karren spannen lassen, weil sie es nicht besser wissen, ist das Eine. Doch was ist mit unseren Akademikern, mit den Wissenschaftlern? Hat sie der gesunde Menschenverstand verlassen? Die Klimadiskussion ist völlig absurd, ebenso wie unsere derzeitige Migrationspolitik, das leidige Impf-Thema oder das großkotzige Verhalten gegenüber Russland oder China, von denen wir wirtschaftlich abhängig sind. Wir verschulden uns für Länder, die laut Außenministerin Baerbock „hunderttausende Kilometer von uns entfernt" sind, das Verbrennerverbot nimmt uns unsere Mobilität, und das Verbot von Öl- oder Gasheizungen lässt uns im Kalten sitzen. Firmensterben oder -abwanderung sowie hohe Strom- und Heizpreise verarmen die Menschen noch weiter. Und was macht unsere Politik? Gender-Gaga, LGBTQ+-Wahnsinn, jährlich möglicher Geschlechterwechsel, Rassismuswahn, immer einschneidendere Bürgerentrechtung usw. Mal ganz ehrlich: Sind die noch ganz dicht?

Doch welch Glück, dass es einen Sündenbock gibt, den man für all das verantwortlich machen kann – sein Name beginnt mit P. Er hat die Ukraine überfallen, und da man die Geschichte vor dem Krieg geflissentlich verschweigt, erscheint dies auf den ersten Blick auch plausibel. Aber der Sündenbock kann noch viel mehr. So lebte unser Land über viele Jahre sehr gut auch aufgrund der billigen russischen Energie. Dies war der US-amerikanischen Hochfinanz schon immer ein Dorn im Auge. Tja, und so ein Zufall, da sprengt der böse P. auch noch seine eigene Gas-Pipeline... Die unkritische Masse bekommt nur wenig mit, was im Hintergrund alles vorbereitet wird und wie man unsere Gesellschaft langsam, aber sicher in eine ganz bestimmte Richtung lenkt. Und dieser links-grün-woke Singsang schallt uns tagtäglich im Radio oder im Fernsehen entgegen – fast alle machen mit. Gäbe es die sozialen Medien nicht, so wären wir restlos verloren. Aber vor allem ist das Tempo beängstigend, mit dem unsere grünen Politiker alles zerstören, was Generationen vor uns wirtschaftlich, aber auch kulturell und an Werten mühsam aufgebaut haben.

Doch wer steuert das alles? Wer bestimmt, dass überall das Gleiche propagiert und Widerspruch nicht toleriert wird? Werner Pilipp hat in diesem Buch extrem detailliert aufgeführt, welche Interessensgruppen diesen Trend wollen, wem unsere Politiker eifrig dienen, welchen Kartellen fast alle Medien und TV-Sender gehören und was ihr wahres Endziel ist. Was tun? Auswandern? Das ist keine Option, denn die totale Überwachung mittels digitaler Zentralbankwährungen, digitaler ID und Impfzertifikaten wird es weltweit geben. Es bleibt daher nur ein Weg: Wir ziehen in den Kampf!

ISBN 978-398562-012-8 • 33,00 Euro